

Wir empfehlen eine Veranstaltung des Forum GEGENARGUMENTE/AANO:

**„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“:
Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen**

Arbeit und Reichtum

Vortrag & Diskussion

Referentin: Prof. Margaret Wirth (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

**Dienstag, 11. November 2014, 19 Uhr · Universität Hamburg,
Audimax 2, Von-Melle-Park 4**

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein *soziales Problem* halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem *ökonomischen Problem*. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, *weil* und *damit* sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäfti-

gung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit *nicht* stattfindet, *wenn* sie *nicht* rentabel ist, sondern dass sie *stattfindet*, *weil* es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte *Arbeit brauchen*. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.



132 Seiten, Format A5, € 10, ISBN 978-3-929211-14-6, erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag (siehe S.4)

Wir empfehlen eine Veranstaltung des Forum GEGENARGUMENTE/AANO:

TTIP: Ein Kampfprogramm zur Neuordnung des Weltmarkts für Dollar- und Eurokapitalisten

Vortrag & Diskussion

(in Kooperation mit der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT)

Dienstag, 18. November 2014, 19 Uhr · Ort: Universität Hamburg, Hauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1, Hörsaal M

„*TTIP bringt mehr Wachstum!*“ versprechen die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker. *Wem* versprechen sie damit eigentlich *was*? Dass Löhne und Gehälter wachsen, ist jedenfalls nicht versprochen. Dass die Lebensverhältnisse für normale Menschen leichter, angenehmer, sauberer, gesünder werden, ist auch nicht im Programm. Wachsen soll „die Wirtschaft“, nämlich was die an Erfolgswahlen produziert. Was sie da hinkriegt, ist natürlich nach wie vor und mehr denn je eine Frage der *Konkurrenz* – zwischen den Firmen, und zwischen den Staaten, die für die Bilanzen der Wirtschaft ihres Landes alle Rücksichten fallen lassen. Was also auf alle Fälle wächst und wachsen soll, das sind Reichweite und Schärfe eben dieser Konkurrenz, für die die Firmen in Europa, in Nordamerika und überhaupt weltweit ihr Personal auf *wachsende Leistung* trimmen und für die die zuständigen Politiker ihren Völkern einen gut durchorganisierten *wachsenden Leistungsdruck* bescheren. „Reformen“ ist das niedliche Stichwort dafür.

Für Leute, die sich nicht alles gefallen lassen wollen, was Staat und Wirtschaft mit ihnen anstellen, eine gute Gelegenheit, sich darüber Rechenschaft abzulegen – nein, nicht bloß, ob sie allen Ernstes *noch mehr* von dieser Konkurrenz haben wollen, sondern ob sie überhaupt diese Art von Leben weiter haben wollen. Denn warum soll man als normaler Mensch *für* eine Ökonomie des *Konkurrenz-kampfs der Firmen ums Geld der Welt* sein?

Ach so, wegen dem großen Segen, der damit verbunden und gleichfalls versprochen ist:

„*TTIP schafft Arbeitsplätze!*“ -zigtausende, heißt es. Und kaum versprochen, fangen kritische Experten das Nachrechnen an und kommen zu „mageren“ bis „enttäuschenden“ bzw. „gefälschten“ Ergebnissen. Aber was ist das überhaupt für ein Versprechen? Für einen normalen Zeitgenossen, der einen Arbeitgeber finden muss, damit er sich überhaupt einen Lebensunterhalt verdienen kann, enthält die schöne Verheißung eher eine *Drohung*, oder genau genommen sogar zwei:

Nr. 1: Wie dein „Arbeitsplatz“ aussieht, was du dort zu tun hast, was du dort verdienst, das liegt überhaupt *nicht in deiner Hand*. Das entscheidet sich im internationalen Konkurrenzkampf der Firmen, für den eine Handvoll demokratisch gewählte Machthaber die Richtlinien erlassen.

Nr. 2: Auf einen solchen Arbeitsplatz bist du angewiesen, aber der Arbeitsplatz nicht auf dich. Ob es den überhaupt gibt, das entscheiden die Firmen im Zuge und im Interesse ihres grenzüberschreitenden Konkurrenzkampfes, für den demokratisch gewählte Politiker sich immer griffigere Richtlinien ausdenken.

Eine schöne Ansage also: Du, lieber TTIP-Bürger, *hast* die *Not*, an eine Verdienstquelle zu kommen – wir, die Verantwortlichen, *schaffen und verwalten* sie. Und ausgerechnet das soll ein unanfechtbar guter Grund sein, *dafür* zu sein – für das Funktionieren eines Ladens, in dem der normale Mensch die ehrenvolle Rolle der *abhängigen Nullnummer* spielen darf!

Naja, immerhin ist auch versprochen:

„TTIP spart Kosten!“ Nämlich erstens den Unternehmern; zweitens die Kosten für die Einhaltung von Vorschriften, die besorgte Politiker irgendwann einmal für nötig gehalten haben – was natürlich schon zwei gute Gründe für TTIP sind. Der beste Grund heißt aber drittens: Diese Vorschriften sind, nach den amtlichen Feststellungen der Unterhändler, eigentlich gar nicht für die Angelegenheiten gut, die sie regeln – irgendwelche Gesundheitsrücksichten, Schonung der Natur oder so –, sondern vor allem dazu da, ausländische Konkurrenten zu *diskriminieren*.

Letzteres ist mal ein ehrliches Wort. Und sollte all denen zu denken geben, die ihre eigene Obrigkeit schon allein deswegen für vergleichsweise nicht schlecht halten, weil sie die amerikanische Art der Salmonellenbekämpfung in Hühnerkadavern für den menschlichen Verzehr bislang nicht zugelassen hat. Am Ende ist es nämlich wirklich so, dass alle politische Volksfürsorge, von gewissen Vorschriften zur Unfallverhütung bis zur Buchpreisbindung, *schon seit jeher* unter dem einen großen Vorbehalt steht oder jedenfalls mittlerweile nur im Sinne der einen großen Staatsaufgabe in die Tat umgesetzt wird: Das *nationale Geschäft* muss sich *lohnen*. Oder genauer: Alle Geschäftemacherei muss sich nicht nur überhaupt für die lohnen, die es machen, sondern auch für die Staatsgewalt, die darauf aufpasst. Deswegen passt die auch darauf auf, dass die weltweite Geschäftemacherei sich vor allem für die lohnt, die mit ihrer Bereicherung ihrer Staatsgewalt nützen.

Wenn das nicht auch für alle, die von den lohnenden Geschäften gar nichts haben, ein guter Grund ist, dafür zu sein!

Womit wir beim letzten und ehrlichsten aller Versprechungen wären:

„TTIP setzt Geschäftsbedingungen für den Rest der Welt!“ Für die Chinesen vor allem, und zwar bevor die Volksrepublik, die kommunistische, zusammen mit Russland, Indien, Brasilien, Südafrika... – *uns* die Bedingungen serviert, nach denen kapitalistische Unternehmer auf dem Weltmarkt Geld verdienen können. Welche Bedingungen das dann sein könnten, wen sie wie treffen würden, spielt da gar keine Rolle – und schon gar nicht der Gesichtspunkt, dass

der normale Mensch in dem ökonomischen Welttheater, um dessen Geschäftsordnung da so erbittert gerechert wird, allemal nur als Versatzstück in kapitalistischen Konkurrenzerfolgskalkulationen vorkommt. Genau diesen normalen Menschen soll ganz spontan einleuchten, dass es auch für sie ganz furchtbar entscheidend ist, in *welchen* Hauptstädten über die Vorschriften entschieden wird, nach denen das weltweit agierende *Kapital sein Wachstum* betreibt – *mit ihnen* als lohnabhängigem Menschenmaterial unter staatlich organisiertem Leistungsdruck oder auch *ohne sie*, wenn es gerade keine lohnende Verwendung für sie hat. Ein herrlicher Grund, *dafür* zu sein, den die Politiker ihrem wahlberechtigten Volk da anbieten: Unsere schöne Welt *ist imperialistisch*; und deswegen wollen und müssen *wir* – zusammen mit unseren europäischen und transatlantischen „Partnern“ – die führenden, maßgeblichen *Imperialisten bleiben*: Wir lassen uns die Geschäftsbedingungen nicht vorschreiben, wir geben sie vor!

*

Traurig genug. Genau an *dem* Versprechen macht sich die härteste Kritik fest, die in Sachen TTIP in Deutschland zu vernehmen ist: Die *privaten „Schiedsgerichte“* sind der große Stein des Anstoßes. Denn da droht ein Sieg des ökonomischen Eigennutzes über demokratisch beschlossene Regelungen, da droht überhaupt der Verlust der staatlichen Handlungsfähigkeit, heißt es. Das darf nicht passieren – da sind sich die schärfsten Kritiker von unten mit dem dicksten TTIP-Anwalt der Regierung auf einmal einig!

Da treffen sich im Etikett „demokratisch beschlossen“ am Ende die Macht- und Freiheitsillusionen wahlberechtigter Regierender mit dem Souveränitätsanspruch der gewählten Regierenden in dem einen entscheidenden „Punkt“: *National* muss die Geschäftsordnung sein, der wir alle gehorchen. *National und souverän* muss die Herrschaft agieren, nach innen über allen bloß partikularen Interessen stehend und keiner auswärtigen Macht hörig: *Das* ist sie vor allem anderen sich und ihren Bürgern schuldig.

*

So verpasst man gründlich, worum es bei TTIP wirklich geht. Wer es wissen will ist eingeladen zur Diskussionsveranstaltung am 18. 11.

Wieder einmal: Israel führt Krieg im Gaza-Streifen

Nachdem Israel im Gaza-Streifen neuerlich gegen die Hamas – und die Bevölkerung, die dort eingepfercht lebt – mit ihrer überlegenen Militärmacht zugeschlagen und Nachschubtunnels, Infrastruktur und manches andere gründlich zerstört hat, zieht die Regierung ihr Militär aus dem Gebiet ab, bekriegt und überwacht den zu wirklicher Gegenwehr nicht fähigen Gegner von außen und überlässt ansonsten das zerstörte und abgeriegelte Ghettogebiet sich selbst. Die hiesige Öffentlichkeit bedauert betroffen die vielen zivilen Opfer, wägt parteilich das Recht Israels auf „Selbstverteidigung“ ab und entdeckt in dem Krieg wieder mal keinen wirklichen Sinn. Sie vermisst nämlich den eindeutigen Erfolg der endgültigen Zerschlagung der Hamas – und fragt ungehört und einigermaßen skeptisch nach den neuerlichen „Chancen des Friedensprozesses“. Der geht nun schon seit Jahren immer wieder mit größeren Kriegsaktionen Israels im Gaza-Streifen und mit von Israel zielstrebig torpedierten diplomatischen Verhandlungen über irgendeinen „Friedenzustand“ und irgendeine Form von „2-Staaten-Lösung“ seinen Gang.

Über der Schuldfrage für das Nicht-Zustandekommen einer „friedlichen Lösung“ kommt der eigentliche Gehalt des Gegensatzes, den die ungleichen Kontrahenten austragen, kaum und wenn, dann nur als mehr oder weniger einseitig beantwortete Frage nach dem Recht der einen oder anderen Seite auf „Selbstverteidigung“ zur Sprache. Darum im Vorgriff auf einen Artikel im **GEGENSTANDPUNKT 3-14** ein paar kurze Klarstellungen, worum da so unveröhnlich und mit ungleich verteilten Gewaltmitteln gekämpft wird: das „Existenzrecht“ Israels, bzw. der Palästinenser. Dieses Gut betrifft erkenntlich nicht die Existenz der jeweiligen Bevölkerung, die auf beiden Seiten als Kampftruppe oder Opfer eingesetzt, bzw. betroffen gemacht wird, sondern gilt dem ausschließenden Anspruch auf Herrschaft über Land und Leute.

Auf der einen Seite beansprucht der Staat Israel die Hoheit über das Gebiet und die Bevölkerung, die er sich als

„sein“ Land und „sein Volk“, also als Umkreis seiner Macht zurechnet. Dieser Anspruch auf die erst noch unwiderruflich unter die eigene Hoheit zu stellenden und dem eigenen Volk als „Lebensraum“ zuzuschlagenden Gebiete schließt ein für alle Mal die Palästinenser als nicht dazugehörige, störende, weil diesem Anspruch im Wege stehende, also im Prinzip feindliche Mannschaft im „eigenen“ Land aus. Israel definiert sich, mit Berufung auf das heilige Recht seines Volks auf einen immer erst noch herzustellen größeren und mächtigeren Staat als unfertig, nach wie vor im Krieg um dieses sein Staatsrecht befindlich und exekutiert dieses ausgreifende Staatsprogramm mit seiner Torpedierung aller diplomatischen Verhandlungen um eine „Lösung des Konflikts“, mit seiner Siedlungspolitik im Westjordanland, mit seinen Kriegsaktionen gegen palästinensische Widerstände – also mit all der überlegenen Macht, die es aufzubieten hat und die es mit seiner Landnahme erweitern will. Dagegen steht der Anspruch palästinensischer Politiker, die um die Anerkennung ihres entgegenstehenden Anrechts auf eigene Herrschaft ringen. Durch Israels überlegene Gewalt sind sie darauf zurückgeworfen, sich ohne entsprechende Gewaltmittel um diplomatische Anerkennung und Einspruch auswärtiger Mächte gegen die fortschreitende israelische Landnahme zu bemühen oder mit der beschränkten Gegengewalt, zu der sie fähig sind, wenigstens den unbeugsamen Willen zu demonstrieren, ihr „heiliges Recht“ auf eigene Staatlichkeit gegen Israel nicht aufzugeben.

Das allseits beklagte Hin und Her von vergeblicher Hoffnung auf „Friedensfortschritte“, von ständig scheiternden Friedensgesprächen und immer neu „ausbrechender“ Gewalt, die halbherzig beklagte ständig voranschreitende israelischer Siedlungspolitik und die halb unter „Terrorismus“ halb unter irgendwie berechnete palästinensische Autonomiewünsche einsortierte ohnmächtige diplomatische und militärische Gegenwehr der verschiedenen Palästinenserfraktionen ist der notwendige Verlauf dieses israelischen Kampfs um Durchsetzung seines regionalen Vorherr-

schaftsanspruchs, der ohne die Herrschaft über „ganz Israel“ nicht zufriedengestellt ist, gegen das konkurrierende palästinensische Beharren auf einer eigenen Hoheit.

Statt Parteilichkeit für die eine oder andere Seite oder ständig enttäuschter Hoffnung auf mehr „Einsicht“ auf beiden Seiten sollte man dem wieder einmal eskalierenden Konflikt also die Unversöhnlichkeit und Ausschließlichkeit konkurrierender Ansprüche auf Staatlichkeit entnehmen. Wo es darum, um die Durchsetzung und Anerkennung des eigenen Gewaltmonopols geht, da erfordert und rechtfertigt das in den Augen der Staatsaktivisten jede Gewalt, da entscheidet mithin die überlegene Gewalt. Dann wird an den Anrechten, um die da gekämpft wird, wohl auch nichts Gutes sein.

Dazu ein ausführlicher Artikel im **GEGENSTANDPUNKT 3-14: Gaza-Krieg 2014: Israels Kampf um die Einstaatenlösung.**

- Anzeige -

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahrszeitschrift

3-14

Der Dollar-Imperialismus des 21. Jahrhunderts –
Die westliche Wertegemeinschaft in Aktion

Argentinien vs. „Geierfonds“
Ein Dokument der imperialistischen Qualität
des grenzüberschreitenden Geschäfts mit Kredit

Das Verfahren Yukos vs. Russia
Ein Stück Weltordnung in Sachen Energiemarkt

Die USA bestrafen eine französische Großbank
Wirtschaftskrieg gegen Russland
Mit TTIP zur Wirtschafts-NATO

Das Europaparlament und der europäische Supranationalismus
Gaza-Krieg 2014: Israels Kampf um die Einstaatenlösung
Die „Kaufkraft der Lohnminute“
Hundertjähriges Jubiläum des Ersten Weltkriegs

ISSN 0941-5831 · 133 Seiten · 15 Euro
Erhältlich im Buchhandel (z.B. im Hauptbahnhof und Bahnhof Altona) oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München, Tel. 089/27 21 604, Fax 089/27 21 605, www.gegenstandpunkt.com
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

V.i.S.d.P.: H. Schuller, Hohenesch 56, 22765 Hamburg